

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzesentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Drucksache 10/753 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzesentwurf in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Ich rufe den Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/501

Beschlußempfehlung und Bericht des
Hauptausschusses
Drucksache 10/754
zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Herr Dr. Pohl, bitte!

(Zurufe - Dr. Pohl (CDU): Ich denke, es geht um den Parlamentarischen Staatssekretär! - Heiterkeit)

- Herr Dr. Pohl nimmt seine Wortmeldung zurück. Wahrscheinlich betrifft Ihre Wortmeldung den nächsten Tagesordnungspunkt. Also: keine Wortmeldung.

Vielleicht sind Sie dann der erste Ordens-träger, weil Sie sich gemeldet haben.

- (B) (Erneute Heiterkeit)

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzesentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/754 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzesentwurf ist in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/390

Beschlußempfehlung und Bericht des
Hauptausschusses
Drucksache 10/755
zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Dr. Pohl von der Fraktion der CDU. (C)

Dr. Pohl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es angesichts des morgigen internationalen Weltfrauentages direkt vorweg zu sagen: Die Union tritt für eine Politik ein, die die Frau in Staat und Gesellschaft besser berücksichtigt und ihr eine angemessenere Stellung zuweist, als dies bisher zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat eine wichtige Aufgabe, das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau endlich auch mit dem richtigen Gehalt zu erfüllen. Wir von der Union haben ja keinen Nachholbedarf auf diesem Gebiet. Wir haben auf unserem Essener Bundesparteitag im vergangenen Jahr grundlegende Entscheidungen hierzu getroffen, die wir nunmehr Stück für Stück in praktische Politik umsetzen wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir von der Union können es immer nur wiederholen: Wir fordern alle Parteien auf, sich auf ihren Bundesparteitagen auch einmal grundsätzlich mit dieser Problematik zu beschäftigen,

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD) (D)

damit wir uns mit dieser Problematik nicht immer nur bei tagesaktuellen Anlässen befassen, ihr aber ansonsten hinterherhinken. - Herr Dorn, ich muß schon sagen: Wenn ich mir die Länge der Zeit vor Augen führe, die unter der Geltung des Grundgesetzes ins Land gegangen ist, so stimmt mich die Art und Weise traurig, wie das Gleichheitsgebot nach Art. 3 des Grundgesetzes bisher erfüllt worden ist.

Ich mußte diese Vorbemerkung machen, Herr Ministerpräsident, denn wir von der Union wollen den von Ihnen vorgelegten Gesetzesentwurf ablehnen, und zwar aus fünf Gründen.

Erstens. Herr Ministerpräsident, wir haben schon immer ein Fragezeichen hinter das Amt der Frauenbeauftragten gesetzt. Wir setzen hinter das jetzt neu zu schaffende Amt eines pseudo-parlamentarischen Staatssekretärs ein noch größeres Fragezeichen. Wir bezweifeln, daß dies ein wirklich geeignetes Mittel ist, um die Probleme der Frau in Gesetzgebung und Verwaltung stärker zum Tragen zu bringen und zu verdeutlichen.

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Als Ministerpräsident Kühn im Jahre 1975 nach der damaligen Landtagswahl eine Frauenbeauftragte berief - ich darf daran erinnern: es war Barbara von Sell -, hat bereits mein verstorbener Freund und Fraktionsvorsitzender Heinrich Köppler darauf hingewiesen, daß die Art und Weise, wie die Rolle der Frau in der Gesetzgebung verankert und wie die Frau in der Verwaltung auch tatsächlich behandelt wird, in erster Linie nicht die Frage einer Institution ist, sondern daß es sich hierbei nach der Organisationslehre um eine sogenannte Querschnittsaufgabe handelt, die von allen Ressorts, von allen Ministern, von allen Staatssekretären und von der gesamten Verwaltung, vom gesamten Hause, von der Legislative erledigt werden muß. Wir haben schon damals unsere Bedenken angemeldet, ob die Berufung von Frau von Sell so richtig sei. Herr Ministerpräsident Kühn - Ihr Vorgänger, Herr Rau - hat Frau von Sell dann auch sehr schnell aus dem parlamentarischen Verkehr gezogen.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, sind wir der Auffassung, Sie hätten besser daran getan, das Amt der Frauenbeauftragten in der Landesregierung so zu verankern, daß Sie mehr weibliche Minister oder mehr weibliche Staatssekretäre berufen hätten.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Meine Kollegin Frau Altewischer hat in der vorigen Legislaturperiode eine Kleine Anfrage gestellt, in der sie die Landesregierung gefragt hat, wie hoch der Anteil der Frauen in der Landesverwaltung ist. Herr Ministerpräsident Rau, ich würde Ihnen wirklich empfehlen, die Antwort der Landesregierung einmal nachzulesen, dann werden Sie ganz haarsträubende Feststellungen machen, insbesondere was den prozentualen Anteil der Frauen im höheren Dienst betrifft, Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der CDU)

Es lohnt sich für Sie als Regierungschef wirklich, einmal dort hineinzusehen.

Im übrigen, Herr Ministerpräsident, sind wir von der Notwendigkeit des Amtes einer Parlamentarischen Staatssekretärin und damit von der Notwendigkeit des Gesetzes nicht überzeugt. Davon abgesehen, daß Sie erklärt haben, Sie wollten sowieso nur einen Parlamentarischen Staatssekretär berufen, also die Institution nicht generell einführen, sind wir der Meinung, daß eine weitere Vergrößerung

der Landesregierung in der Tat nicht mehr notwendig ist. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie ein Problem nicht durch Verhandeln lösen können, ufert das bei Ihnen nämlich immer in der Weise aus, daß Sie zusätzliche Stellen schaffen. Das haben Sie schon 1980 gemacht, als Sie die traditionelle Zusammensetzung der Landesregierung - neun Minister und ein Ministerpräsident - durch die Berufung eines zusätzlichen Landesministers verändert haben; die Landesregierung besteht nunmehr also aus zehn Ministern und einem Ministerpräsidenten. Jetzt haben Sie wiederum ein Problem personeller Art. Sie wollen die Frauen stärker berücksichtigen. Anstatt auf den vorhandenen Personalbestand zurückzugreifen, schaffen Sie nunmehr das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs. Sie wollen aber nur einen Parlamentarischen Staatssekretär berufen und besetzen diese Stelle mit einer Frau. Herr Ministerpräsident, dies ist ein Feigenblatt. Damit können Sie dieses Problem nicht abdecken.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun zum Gesetz selbst! Ich glaube, jedes Mitglied des Hauptausschusses konnte sich davon überzeugen, daß dieses Gesetz eine verfassungsrechtliche Mißgeburt ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen dem Parlament und dem neu zu schaffenden Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs. (D)

(Elfring (CDU): Das kann man wohl sagen!)

Herr Ministerpräsident, dieses Gesetz wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt. Ich verweise darauf, daß Sie gestern morgen keine befriedigenden Antworten geben konnten.

Fest stehen nur zwei Eckpunkte: Erstens bleibt der Parlamentarische Staatssekretär Abgeordneter, und - zweitens - der Parlamentarische Staatssekretär wird kein Minister.

(Elfring (CDU): Kein Regierungsmitglied!)

Aber alles, was dazwischen liegt, meine sehr verehrten Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleibt völlig unklar.

(Elfring (CDU): Nebulös!)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Aber eines steht auch noch fest: Es ist - entgegen der Namensgleichheit - jedenfalls kein Parlamentarischer Staatssekretär nach Bonner Muster.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Darauf ist zunächst sogar mein Freund Norbert Burger hereingefallen, der anfangs dachte, das sei wie in Bonn. Aber so ist es beileibe nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Denn die Dame nimmt zwar an Kabinettsitzungen teil, sie darf auch hier auf der Regierungsbank Platz nehmen, und entgegen der Meinung des Ministerpräsidenten wird sie in der Öffentlichkeit, wenn sie erst berufen ist, sicherlich auch als Mitglied der Landesregierung betrachtet werden, obwohl der Ministerpräsident meinte: Na, also so wird das nicht, sie steht unter meiner Verantwortung, und im übrigen - - Herr Ministerpräsident, man wird sie dieser Landesregierung zurechnen, auch wenn sie nicht Ministerin ist.

Jetzt geht es aber schon los: Natürlich hat sie nicht jederzeit Rederecht im Parlament, nein, sie redet als Abgeordnete. Im übrigen darf sie auch nicht von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zu Ausschusssitzungen zitiert werden. Nein, das kommt überhaupt nicht in Frage! Das Parlament hat dann den Ministerpräsidenten zu zitieren, hat ihn zu befragen, damit er uns anschließend erklärt, die Dame habe selbstverständlich nicht als Parlamentarische Staatssekretärin, sondern als Abgeordnete gesprochen, und als Abgeordnete unterliege sie natürlich nicht der Bewertung durch das ganze Haus und erst recht nicht durch die Landesregierung.

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das keine verfassungsrechtliche Mißgeburt ist, dann kenne ich mich im Verfassungsrecht nicht mehr aus. Der Ministerpräsident hat auch zu verstehen gegeben, er habe hier - zugegeben hätte er das ja nie - nicht contra legem - so heißt das bei uns Juristen - gehandelt, sondern er habe sich extra legem - das heißt außerhalb des Gesetzes - bewegt - jawohl, genau zwischen dem Abgeordneten und dem Minister. Deshalb, Herr Ministerpräsident, kann ich sagen: Es ist, wie häufig bei dieser Landesregierung, nichts Halbes und nichts Ganzes.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.
- Hardt (CDU): Aber es kostet viel Geld! - Zuruf des Abg. Hellwig (SPD))

- (C) - Lieber Helmut Hellwig, beruhige dich, ich muß doch wenigstens alle fünf Gründe nennen.

(Hellwig (SPD): Ich bewundere nur die vornehme Sprache heute!)

Fünftens gibt es auch eine falsche Einordnung in das Ressort des Ministerpräsidenten. Voll Staunen haben wir im Hauptausschuß vernommen, die Parlamentarische Staatssekretärin sitze in der Staatssekretärskonferenz am Katzentischchen, die Leitung habe nach wie vor der Chef der Staatskanzlei, die anderen beamteten Staatssekretäre seien natürlich auch alle da. Und so ein Parlamentarier, der ja nach Auffassung manches Beamten manchmal nicht so den rechten Sachverstand hat - das trifft hierauf wohl auch zu -, sitzt dann am Schluß der Tafel.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Was? Was?
- Hardt (CDU): Das hat die Landesregierung doch hineingeschrieben! - Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

- Ja, am Katzentisch, ganz hinten! Das hat Herr Leister uns erklärt, Herr Ministerpräsident.

Dann, meine Damen und Herren, steht die Frau Staatssekretärin auch noch unter der Kuratel - so habe ich es genannt - des Leiters des Referats für Öffentlichkeitsarbeit; denn in der Vorlage 10/290 - der Ministerpräsident hat allerdings gesagt, das sei unglücklich ausgedrückt - heißt es - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident -:

(D)

Die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann unterliegt der Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung durch den Leiter des Landespresse- und -informationsamtes...

(Elfring (CDU): Hört, hört!)

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, meine Damen und Herren. Die Parlamentarische Staatssekretärin bleibt Abgeordnete, wird nicht Minister, sie gehört aber doch zur Landesregierung, aber sie steht unter der Kuratel von Müller-Reinig, dem Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit. Das ist das Ergebnis dieses Gesetzes!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Aus diesen fünf Gründen kann sich die CDU-Landtagsfraktion nicht dazu verstehen,

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) diesem Gesetzentwurf zustimmen. Wenn man zusammenfaßt, kann man nur sagen: Nehmt alles nur in allem, außer Spesen wird das kein vernünftiges Wesen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Ich bin der Meinung, dieses Gesetz ist Flickwerk und zeigt - ich muß es leider sagen, Herr Rau - wieder einmal die Führungs- und Hilflosigkeit des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Pohl, ich denke, Ausschusssitzungen hätten den Sinn, daß man gestellte Fragen beantwortet.

(Kuhl (F.D.P.): Das habe ich bis gestern auch gedacht!)

- Sie haben gestern im Ausschuß gar keine Frage gestellt, Herr Kollege.

(Kuhl (F.D.P.): Nicht im Hauptauschuß!)

Ich habe gesagt, der Satz, der da stehe, sei unglücklich formuliert. Gestern sind noch mehr unglückliche Sätze gesprochen worden.

(B)

(Frau Philipp (CDU): Ein unglückliches Gesetz!)

Ich habe gesagt: Wir haben vor einigen Monaten die Geschäftsordnung der Landesregierung geändert. Das Landespresse- und Informationsamt koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit aller Ressorts und der Landesregierung. Damit ist dieser Satz, der gestern Gegenstand der Erörterungen war, hinfällig, weil er durch diesen Satz in der Geschäftsordnung der Landesregierung ersetzt wird. Der gilt für alle. Und er muß für Parlamentarische Staatssekretäre, für beamtete und für Minister gelten, weil er für die gesamte Landesregierung gilt.

Aber, Herr Dr. Pohl, wenn das stimmt, was Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt haben, nämlich daß alle Parteien hier einen großen Nachholbedarf hätten - Sie haben darauf hingewiesen, daß die CDU auf ihrem Parteitag in Essen das Thema zum erstenmal zu einem Schwerpunkt ihres Parteitags gemacht hat;

(Nagel (CDU): Nicht zum erstenmal!)

zum erstenmal zu einem besonderen Schwerpunkt; ich habe doch gerade noch viel Lob darüber gelesen, Herr Kollege Nagel -, dann wäre das ein guter Wettbewerb, und dann müßten alle Parteien auf diesem Gebiet nachlernen und nachlegen. Ich habe das auch bei der Einbringung des Gesetzes gesagt.

(C)

Ich bestreite nicht, daß das auch für meine Partei gilt, obwohl ich hinzufüge: Wenn ich mir ansehe, was in den letzten Jahrzehnten auch personell geschehen ist, dann kann die SPD - und das haben wir zum letztenmal bei der Bundestagswahl 1983 deutlich gemacht - unter den Frauen und mit den Frauen ein Führungspotential aufweisen, nach dem sich manche andere Partei erst noch einmal strecken muß.

(Zustimmung bei der SPD - Dautzenberg (CDU): Frau Renger zum Beispiel!)

Aber wie das hier so geht: Da wird mir die Erweiterung vorgeworfen, und da wird mir gleichzeitig vorgeworfen, ich sei den anderen Weg nicht gegangen, mehr Frauen als Staatssekretäre zu berufen. Die letzte Polemik gegen eine Frau als Staatssekretärin ist, glaube ich, noch keine 24 Stunden her und kam von Ihrer Fraktion, Herr Kollege Pohl, obwohl da keine neue Stelle beansprucht wurde.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Es gibt keine Regierung, die personell stärker um Staatssekretäre erweitert hätte, als die Bundesregierung von Helmut Kohl seit dem 6. März 1983. Keine Regierung! Vier zusätzliche Parlamentarische Staatssekretäre

(D)

(Frau Philipp (CDU): Dabei kommt etwas heraus!)

und eine Erweiterung im Bundeskabinett!

(Nagel (CDU): Die dürfen auch richtig an den Tisch, nicht nur an den Katzentisch!)

- Sie werden feststellen, Herr Kollege Nagel: Es wird hier keine protokollarischen Probleme geben.

(Elfring (CDU): Das ist keine protokollarische Frage; das ist eine Frage der Kompetenz!)

- Die Kompetenz wird innerhalb der Landesregierung so geregelt, wie ich es dargestellt habe. Ich übernehme die Verantwortung dafür.

(Hardt (CDU): Die haben Sie sowieso für alles!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Ja, und in meiner besonderen Ressortzuständigkeit! Es gibt ja eine unterschiedliche Zuständigkeit des Ministerpräsidenten.

Ich sage Ihnen, wir hätten eine Verfassungsänderung haben müssen, wenn wir das Modell des Parlamentarischen Staatssekretärs aus Bonn übernommen hätten. Dies wollte ich nicht, zumal ich keine Chance dafür sah, daß Sie einer solchen Verfassungsänderung zugestimmt hätten; denn Sie haben ja aus Ihrem Nein zu dieser Einrichtung nie einen Hehl gemacht.

(Frau Philipp (CDU): Das ist nicht wahr. Mit Kompetenzen und Aufgaben wäre das in Ordnung gewesen!)

- Doch, ich habe alle Reden dazu gehört. Zum Instrument der Parlamentarischen Staatssekretäre haben Sie nein gesagt.

(Widerspruch bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Überhaupt nicht!)

- Lesen Sie es nach! Auch vorher!

Ich wollte keine Änderung der Landesverfassung. Ich schließe nicht aus, daß die Geschäftsordnung des Landtags erörtert wird. Ich stehe dazu gerne zur Verfügung; denn manche Dinge ergeben sich aus der Geschäftsordnung des Landtags und nicht aus der Landesverfassung. Es gibt im übrigen Unterschiede zwischen Grundgesetz und Landesverfassung.

(B)

(Hellwig (SPD): Sehr richtig!)

Im Bundestag haben auch Beauftragte der Bundesregierung Rederecht. Das ist hier nicht so.

(Hellwig (SPD): In den Ausschüssen hier auch!)

Ich stehe auch diesbezüglich zu Gesprächen zur Verfügung. Nur, ich würde Ihnen gerne etwas zu verdeutlichen versuchen. Ich weiß allerdings nicht, ob das geht; denn Sie haben ja, Herr Kollege Pohl, mit der Anrede "Meine lieben Freunde" immer schon den Eindruck erweckt, Sie seien schon zwei Tage weiter.

(Dr. Lichtenberg (CDU): Er hat sich ja korrigiert!)

- Ich hoffe doch, daß er sich da gar nicht zu korrigieren braucht, Herr Lichtenberg. Mein Freund ist nicht jeder, wie Sie wissen, aber ich habe auch Freunde außerhalb meiner Partei und auch Freunde in Ihrer Partei. Das soll übrigens auch so bleiben.

(Dr. Pohl (CDU): So habe ich es nicht gemeint.)

- So haben Sie es auch gemeint.

(C)

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe - Erneut Heiterkeit)

- Ich habe es nicht mitbekommen.

(Zuruf von der CDU: Von "Freundinnen" war die Rede! - Nagel (CDU): Das gehörte nicht hierher! - Heiterkeit)

- Was die Freundinnen angeht, da ist das mit dem Sprachgebrauch sehr, sehr viel schwieriger.

(Heiterkeit)

Ich hätte gerne, daß ein Parlamentarischer Staatssekretär nicht contra legem und nicht extra legem, sondern nach dem Gesetz, das hier heute verabschiedet werden soll, seine Arbeit tun kann und daß dabei die Sorgen der Frauen, und zwar der erwerbstätigen wie der erwerbslosen, eher in den Vordergrund rücken als unsere protokollarischen und rechtlichen Probleme. Das hätte ich gerne!

(Beifall bei der SPD)

Ich bestreite ja nicht, daß es da Defizite gibt, auch nicht in der Landesverwaltung. Aber deshalb haben wir vor einem Jahr die ersten Frauenförderungspläne vorgelegt. Und wenn Sie, Herr Kollege Pohl, danach fragen, wie hoch der Anteil der Frauen im höheren Dienst ist: Er ist unzureichend. Am stärksten ist er im übrigen in der Staatskanzlei. Aber das ist natürlich ein schwieriges Problem seit vielen Jahren. Es geht nur schrittweise voran, weil zum Teil für die Führungspositionen auch die Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind.

(D)

Deshalb bitte ich, daß wir alle miteinander helfen. Ich bin für den Wettbewerb zwischen Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und der Bundesregierung, was die Rollenverständnisse und die Veränderungen von Vorurteilen in Beurteilungen angeht.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Philipp zu?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja, gerne.)

- Bitte!

Frau Philipp (CDU): Herr Ministerpräsident, darf ich einmal fragen, warum Sie dieser Dame den Namen "Parlamentarische Staatssekretärin" geben und damit den Eindruck

(Frau Philipp (CDU))

- (A) erwecken, sie habe die Kompetenzen, die man doch landläufig darunter versteht, die sie aber in Wirklichkeit nicht hat? Fürchten Sie nicht, daß ein völlig falscher Eindruck bei den Betroffenen - in diesem Falle Frauen, aber es wird ja auch für andere gelten - entsteht, wenn man die Dame als "Parlamentarische Staatssekretärin" bezeichnet? Erweckt man damit nicht einen falschen Eindruck, der von der Kompetenz her und aus anderen Gründen, im Hauptausschuß angesprochen worden sind, überhaupt nicht vorhanden ist?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Frau Kollegin, ich bin anderer Auffassung aus folgendem Grund: Wir haben Staatssekretäre unterschiedlichster Art, in Baden-Württemberg anders als in Bayern, in Nordrhein-Westfalen und im Bund,

(Frau Philipp (CDU): Ja!)

und zwar sowohl bei beamteten als auch bei politischen als auch bei Parlamentarischen Staatssekretären. Ich behaupte, die Frage, um welchen Typ es sich dabei handelt - A, B, C, D, oder ob wir hier den Typ E schaffen -, interessiert die Menschen im Lande überhaupt nicht.

(Frau Philipp (CDU): Aber die Kompetenzen!)

- (B) - Die Kompetenz, die bei mir in der Staatskanzlei unter meiner Verantwortung für diesen Parlamentarischen Staatssekretär vorhanden sein wird, wird ausreichen, um das, was hoffentlich alle Parteien dieses Hauses wollen, ein Stück voranzubringen. Das ist das Ziel. Die Kompetenz dafür ist vorhanden!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie als Parlament der zu berufenden Kollegin zusätzliche Rechte geben wollen, bitte! Da habe ich doch keine Einwendungen. Wenn Sie mit uns darüber reden wollen, ob und wie wir die Geschäftsordnung des Landtags ändern, bitte, da habe ich keine Einwendungen.

Aber zuerst einmal möchte ich gern, daß die Sache selber vorankommt und daß die Themen, die ich genannt habe, stärker in öffentliches Bewußtsein hineinkommen. Dabei schätze ich den Kreis derer, die sich hier für Kompetenzfragen interessieren, unter den 17 Millionen auf zwei, auf Herrn Elfring und Herrn Pohl. Die anderen sind an der Sache interessiert, und die Sache können wir mit-

einander voranbringen. Darum bitte ich auch Herrn Elfring und Herrn Pohl. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Als nächster hat Herr Abg. Hemker von der Fraktion der SPD das Wort.

Hemker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, Herr Kollege Pohl, der Herr Ministerpräsident hat Ihnen schon deutlich gemacht, daß die Stellenverteilung zuungunsten der Frauen ein allgemeines, bedauerliches gesellschaftliches Phänomen ist und hier nicht insonderheit der Landesregierung anzulasten ist.

(Elfring (CDU): Das hat Herr Pohl vorher schon gesagt!)

Zweitens. Es sind in der Vergangenheit schon eine ganze Reihe von Versuchen gemacht worden, den Emanzipationsprozeß, den Gleichstellungsprozeß, den Gleichberechtigungsprozeß in unserer Gesellschaft voranzubringen, und ich bin froh, daß diese Landesregierung hier mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf einen neuen Versuch startet, von dem wir entgegen Ihrer Meinung der Auffassung sind, daß wir einen guten Neuanfang schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen möchte ich Ihnen in Umkehrung Ihres bedauerlichen Wortspiels mit "Spesen" und "Wesen", Herr Pohl, raten, neben Ihren juristischen kleinkarierten Ausführungen auch hin und wieder inhaltlich etwas beizutragen. Wenn das dann von Ihnen vorgetragen wird, wäre das eine bessere Sache. (D)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, damit will ich zum Ausdruck bringen, daß das Gesetz, das jetzt zur Beratung und Beschlußfassung ansteht, für uns Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses mehr ist als die Schaffung einer Stelle bzw. eines Amtes. Es geht uns in Übereinstimmung mit den Vorstellungen und Zielen vieler aktiver Gruppen der Frauenbewegung und in Übereinstimmung mit den Vorstellungen und Zielen dieser Landesregierung darum, den Verfassungsauftrag von Art. 3 Grundgesetz aufzugreifen und in seiner politischen Ausgestaltung ernst zu nehmen und daran mitzuwirken. Der Herr Ministerpräsident hat gestern im Zusammenhang mit den Anfragen von Oppositionsabgeordneten gesagt - das kann ich nur unterstreichen -, wichtiger, als Statusfragen zu diskutieren, seien ihm die wahrzunehmenden Aufgaben. Ich stelle mich mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion voll

(Hemker (SPD))

- (A) hinter diese Aussage und werde versuchen, Teile des gesellschaftspolitischen Rahmens zu beschreiben.

Erstens: Grundlage für die Absicherung der Arbeit der neuen dem Ministerpräsidenten zugeordneten Stelle und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Solidarität von Frauen und Männern in gesellschaftlichen Spannungsfeldern. Dazu eine Aussage eines Kollegen auf der Betriebsversammlung während der Aktion: "Wir lassen die Kolleginnen nicht im Regen stehen" beim Schickedanz-Konzern in Neuss im März 1985. Der Kollege hat zum Ausdruck gebracht, daß bei dem Kampf der Frauen gegen Entlassungen deutlich zu machen ist, daß Frauen und Männer hier einen gemeinsamen Kampf für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu kämpfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten auch von der Stelle bei der Landesregierung, daß solche gesellschaftlichen Konfliktfelder aufgedeckt werden und Solidarität als ein Grundsatz der Öffentlichkeit verdeutlicht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, keiner von uns könnte besser als dieser betroffene Kollege, der sich in einer Betriebsversammlung solidarisch erklärt hat, zum Ausdruck bringen, in welchen Spannungs- und Konfliktfeldern Solidarität zwischen Frauen und Männern ihre Bewährung findet.

(B)

Zweitens: Nach meiner Vorstellung, der Vorstellung der SPD-Fraktion und auch vor dem Hintergrund dessen, was ich als Vorgabe von der Landesregierung zur Kenntnis nehmen konnte, wird Bewußtseinsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit zu den Aufgaben des Parlamentarischen Staatssekretärs bzw. der Parlamentarischen Staatssekretärin gehören. Dabei sind mir Grundsätze wichtig, die in der heutigen emanzipatorischen Bildungsarbeit ernst genommen werden. Dazu ein Beispiel aus Berichten der Frauenstudien an der Universität Dortmund unter der Fragestellung: "Welche Wende wollen wir?" Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

Weibliche Interessen und Bedürfnisse treten aus der Unsichtbarkeit des Privaten heraus und werden öffentlich. Wenn Frauen gemeinsam ihre Erfahrungen bearbeiten, dann haben sie das aufregende und zugleich beruhigende Erlebnis der gemeinsamen Betroffenheit, das Erlebnis, nicht allein zu stehen mit Zweifeln, Fragen oder Forderungen.

(Frau Philipp (CDU): Das trifft auch auf Männer zu!)

In der Bildungsarbeit schließt sich hier die Frage nach dem Ursprung der ähnlichen oder gleichen Erfahrungen an. Das ist die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und Machtkonstellationen, die viele Frauenleben in vergleichbaren Bahnen verlaufen lassen.

(C)

(Zurufe von der CDU)

Die feministische Bildungsarbeit setzt bei den unmittelbaren Alltagserfahrungen von Frauen an. Es geht um das Erlebnis und die erkennende Verarbeitung z. B. der widersprüchlichen Orientierung zwischen Beruf und Familie, der Bedeutung und dem Wert der eigenen Arbeit. Feministische Bildungsarbeit bedeutet auch das Bewußtmachen der eigenen Fähigkeiten und der Stärken.

(Elfring (CDU): Was heißt denn hier feministisch?!)

Davon ausgehend entwickelt sich ein forschender Blick für Frauendiskriminierung und eine selbstbewußte Haltung. Aus dem Verstehen und der Kritik an den gesellschaftlichen Bedingungen wachsen neue Perspektiven und neues Handeln.

(Elfring (CDU): Erklären Sie uns doch einmal den Begriff "Feminismus"!)

Ich erwarte, daß eine solche Grundorientierung Grundlage allen Denkens und Handelns sein wird, wenn nach der Verabschiedung des Gesetzes mit der Arbeit begonnen werden kann.

(D)

(Elfring (CDU): Ich verstehe das nicht, Herr Kollege!)

- Ich glaube Ihnen wohl, daß Sie das nicht verstehen; denn sonst hätten Sie im Hauptausschuß nicht solche Fragen gestellt. Sie hätten dann zumindest über Inhalte reden können und nicht immer nur über juristische Fiktionen!

Zum Dritten!

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Hemker (SPD): Ich möchte erst diesen Gedankengang zu Ende führen und mich nicht durch solche Sachen stören lassen.

(Elfring (CDU): Das habe ich mir gedacht!)

Drittens: Der Ministerpräsident hat in seiner Rede unter dem Leitgedanken "Versöhnen

(Hemker (SPD))

- (A) statt spalten" am 16. Dezember 1985 in Ahlen folgendes gesagt. Unter dem Thema "Arbeitszeitverkürzung - auch ein Gleichstellungsthema" führte der Ministerpräsident damals aus:

"Zu den zwei Millionen registrierten Arbeitslosen kommt noch die sogenannte "stille Reserve" hinzu, die fast ausschließlich aus Frauen besteht. Wir alle wissen, daß die Frauen in unserer Gesellschaft von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen sind. Sie sind die ersten, die man hinausfallen läßt; und denen man dann noch hinterherruft, der richtige Ort für die Frauen sei ohnehin letztlich der Haushalt.

Ist es uns eigentlich genügend bewußt, daß Frauen den größten Anteil der Arbeit in der Gesellschaft leisten? Nehmt Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit in den Familien, in den Verbänden zusammen und fragt Euch, wer da wieviel leistet! Nur die Verteilung stimmt nicht. Männer erhalten den größten Teil der bezahlten Erwerbsarbeit, Frauen den größten Teil der unbezahlten Hausarbeit. Ohne Arbeit sind sie nicht - davon haben sie im Haushalt mehr als genug; aber viel zuviele Frauen sind ausgeschlossen von der Erwerbsarbeit. Unsere Gesellschaft ist geprägt von Erwerbsarbeit. Das Ansehen des einzelnen Menschen ist überwiegend bestimmt von den der Stellung im Beruf. Tatsächliche Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft gibt es deshalb nur, wo sie die Möglichkeit haben, berufstätig zu sein, wenn sie dies wollen. Wo dies faktisch verwehrt wird, wird den Frauen gesellschaftliche Gleichstellung vorenthalten.

(B)

Ich jedenfalls nehme niemandem mehr das Bemühen um tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ab, wenn nicht gleichzeitig eine andere Verteilung der Arbeit - der Erwerbsarbeit wie der unbezahlten Arbeit - eintritt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Konkret: Wer gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen will, muß für Arbeitszeitverkürzung werben, in allen Formen und selbstverständlich nicht ohne Rücksicht auf betriebliche Belange. Arbeitszeitverkürzung ist ein entscheidendes Mittel, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, darf ich Sie fragen, ob Sie noch weiterhin zitieren oder ob das jetzt Ihre eigene Rede ist? (C)

(Lebhafte Zurufe von CDU und F.D.P.)

Hemker (SPD): Herr Ministerpräsident - - Ich halte es schon für wichtig, daß man sich bei der inneren Auseinandersetzung mit einem Thema auch sachkundig macht und nicht immer nur in juristischen Fiktionen herumredet; dann muß man natürlich auch deutlich machen, daß es hier

(Zurufe von der CDU: Können Sie das nicht mit eigenen Worten sagen? - Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

um eine Stelle geht, die dem Ministerpräsidenten zugeordnet ist.

Ich komme jetzt zu dem, was ich aussagen wollte.

(Schallendes Gelächter bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident - -

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, ich wollte nur klären, was jetzt Ihre eigene Rede und was Zitat ist, denn Sie hatten das nicht angeführt.

Hemker (SPD): Ich hatte vorher, Herr Präsident, angedeutet, daß ich den Ministerpräsidenten aus seiner Rede zitiere, die er in Ahlen am 16. 12. des vergangenen Jahres gehalten hat. (D)

(Zurufe - Unruhe)

Ich spreche den Ministerpräsidenten an: Die Mitglieder der SPD-Fraktion und hier insbesondere die weiblichen Mitglieder werden Sie u. a. an diesen Ihren Aussagen, Herr Ministerpräsident, messen, wenn es um die Ausgestaltung Ihrer Verantwortung in der Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gleichstellungsstelle geht.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU) - Weitere Zurufe - Unruhe)

Es wird erwartet, daß der Gestaltungsrahmen zum Beispiel bei zuständiger Öffentlichkeitsarbeit groß ist. Es wird erwartet, daß dem Parlamentarischen Staatssekretär - bzw. der Parlamentarischen Staatssekretärin - bei grundlegenden politischen Entscheidungen der Landesregierung ein großer Mitgestaltungsraum zugestanden wird.

(Elfring (CDU): Ist das so? - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

(Hemker (SPD))

- (A) Denn es gibt nur wenige Fragen in der Politik, bei denen nicht spezifische Probleme von Gleichstellung, Emanzipation und Solidarität behandelt werden.

(Lebhafte Zurufe von CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Philipp zu?

(Hemker (SPD): Ja, gern.)

- Frau Abg. Philipp, bitte sehr.

Frau Philipp (CDU): Unabhängig davon, daß ich überzeugt bin, daß solch ein Gesetzentwurf nur von Männern gemacht worden sein kann, weil er eben mangelnde Kompetenzen enthält, frage ich Sie: Wie vereinbaren Sie denn mit den Ansprüchen, die Sie an die Dame stellen, die Tatsache, daß zum Beispiel ihre Redezeit hier im Parlament von der ihrer Fraktion abgezogen wird, daß also ihre Redezeit in das Kontingent der Fraktion fällt und nicht etwa - wie bei Ministern oder, wenn ansonsten die Regierung angesprochen ist, beim Ministerpräsidenten - unbegrenzte Redezeit und Eingriffsmöglichkeiten bestehen? Würden Sie das bitte einmal erläutern?

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Dr. Rau: Das kann der Ältestenrat ändern!)

- (B) Hemker (SPD): Frau Kollegin - -

(Doppmeier (CDU): Steht ihr nicht dieselbe Redezeit zu wie allen Rednern von der Landesregierung?)

Frau Kollegin, die innere Auseinandersetzung um die - -

- Sie haben wohl wieder nicht richtig zugehört, Herr Doppmeier!

(Zuruf des Abg. Dr. Lichtenberg (CDU) - Weitere erregte Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich eigentlich aufregen!

(Anhaltende Zurufe von den Oppositionsfraktionen - Unruhe)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abg. Hemker, Sie haben das Wort!

Hemker (SPD): Frau Kollegin, wenn die innere Auseinandersetzung um das Thema Gleichberechtigung, das Anliegen von

Artikel 3 des Grundgesetzes, nur an solche Fragestellungen gebunden wäre: zu welchem Zeitpunkt, wann und wo jemand reden kann, dann tut es mir leid. (C)

(Frau Philipp (CDU): Ja, vor allen Dingen, wie lange!)

Ich habe deutlich gemacht, daß die gesamtpolitische Auseinandersetzung außerhalb dieses Hauses stattfindet, daß eine Fülle von Gruppen bereits in dieser Gesellschaft die angesprochene Thematik vorangetrieben haben und daß mit diesem Gesetzentwurf die Landesregierung einen Beitrag leistet.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Philipp, Dr. Lichtenberg und Doppmeier (CDU) - Weitere Zurufe - Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

Ich möchte mit meinen Ausführungen fortfahren: Das von mir angesprochene Beispiel unter Einbeziehung Ihrer Aussagen, Herr Ministerpräsident, zum Zusammenhang von Verteilung von Erwerbsarbeit und Gleichstellung ist eines von vielen.

Viertens: In den nun bald 37 Jahren seit Festschreibung des Gleichberechtigungsauftrages in unserer Verfassung haben sich immer wieder besonders Frauen um die Weiterentwicklung des Verfassungsauftrages bemüht. Das sage ich auch in Richtung der Frauen und Männer der in diesem Hause vertretenen Oppositionsparteien: Das waren auch engagierte Frauen, die nicht meiner Partei angehörten, wie zum Beispiel in den sechziger Jahren Elisabeth Schwarzhaupt und jetzt Rita Süßmuth. (D)

(Zuruf des Abg. Eifring (CDU))

Die am 7. Januar dieses Jahres 65 Jahre alt gewordene Elisabeth Schwarzhaupt hat nach ihrer Berufung als Ministerin für das Gesundheitswesen im Jahre 1961 gesagt:

Zum Thema meines Lebens wurde die Frage, wie man die Rolle der Frau an neue Gesellschaftsformen so anpassen könnte, daß sie Kinder haben und doch mit gleichen Entwicklungschancen leben könnte wie der Mann.

Ich denke, dabei wird deutlich, daß der Gesetzentwurf, den wir heute hier verabschieden wollen, dazu angetan wäre, zu einem breiten Konsens in diesem Hause zu kommen.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Philipp (CDU): Aber nicht so!)

(Hemker (SPD))

- (A) Fünftens: Die immer größer gewordene Zahl von Gleichstellungsstellen in unserem Lande zeigt, daß die Bemühungen um Emanzipation nicht ohne Erfolg bleiben. In einem Bericht über die Arbeit der Bielefelder Gleichstellungsstelle hieß es im "Bielefelder Stadtblatt" vom 6.2. dieses Jahres - ich zitiere -:

(Doppmeier (CDU): Das darf doch nicht wahr sein! - Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Je mehr sich die Gleichstellungsstellen emanzipieren, je mehr Befugnisse sie bekommen, desto näher ist der in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschriebene Verfassungsanspruch ("Männer und Frauen sind gleichberechtigt") der Verfassungswirklichkeit gekommen.

(Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Zustand der Gleichstellungsstellen gibt Auskunft darüber, wie ernst diese Gesellschaft und speziell eine Stadt das Grundrecht auf Gleichberechtigung nimmt.

(Dr. Lichtenberg (CDU): Das ist ja schon wieder ein Zitat! - Weitere Zurufe von der CDU)

- (B) Für die Perspektiven der Gleichstellungsbemühungen wird es von Bedeutung sein, ob auch Männer erkennen, daß die Emanzipation der Frau in Wahrheit eine Emanzipation der Gesellschaft ist, von der alle profitieren können. Noch empfinden leider viele die Forderung nach einer neuen Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern nicht als Chance, sondern als Bedrohung.

(Zurufe von der CDU: Ende des Zitats! - Heiterkeit - Weitere Zurufe - Unruhe)

Ich komme zum Schluß.

(Beifall bei der CDU)

- Ich kann mir schon vorstellen, daß einige dieser Aussagen den Vertretern der Unionspartei und der Opposition hier nicht gefallen.

(Zuruf von der CDU: Lange Predigten! - Weitere Zurufe von der CDU - Heiterkeit)

Ich komme zum Schluß. Herr Pohl hat vorhin schon darauf hingewiesen, daß wir morgen den Internationalen Frauentag haben. Es ist zu diesem Internationalen Frauentag aufgerufen worden, und ich hoffe, daß jetzt,

- (C) 74 Jahre nach Ausrufung des ersten Internationalen Frauentages, es mehr und mehr auch zum Durchbruch kommt, emanzipatorische Anliegen in dieser Gesellschaft zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, daß morgen in Wiesbaden viele Frauen und auch Männer aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dieser Gesellschaft vertreten sind, die diesen Anspruch von Art. 3 des Grundgesetzes voranbringen wollen.

Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß ich hoffe, daß viele Abgeordnete dieses Hauses dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen, und ich habe gedacht: Wenn schon nicht alle weiblichen Mitglieder der Oppositionsparteien hier im Saale sind,

(Frau Philipp (CDU): Wir lassen uns nicht gern auf den Arm nehmen!)

wenn wir über die inhaltlichen Anliegen dieses Gesetzentwurfs diskutieren, möchte ich zumindest mit einem kleinen symbolischen Zeichen deutlich machen, daß ich als Mitglied des Arbeitskreises Frauen unserer Fraktion eigentlich erwarte, daß wir breite Zustimmung finden. Für die weiblichen Mitglieder der CDU-Fraktion habe ich deswegen einen kleinen Strauß Blumen, Nelken - rote, wie Sie verstehen werden -, mitgebracht und für die weiblichen Mitglieder der F.D.P.-Fraktion genau so. Meine Kollegin Brigitte Speth, Vorsitzende unseres Frauenarbeitskreises, bitte ich dann, die Blumen, die ich für diese Arbeitsgruppe mitgebracht habe, weiterzureichen.

Ich hoffe daß wir zu einer breiten Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Vielen Dank Herr Kollege.

(Die Verteilung der Blumen beginnt.)

- Wir brauchen aber die Sitzung während der Überreichung der Blumen nicht zu unterbrechen?

(Heiterkeit)

Das Wort hat Frau Abg. Witteler-Koch von der Fraktion der F.D.P.

(Elfring (CDU): Gilt für Blumen jetzt auch, was für einen Feuerwehrrhut gilt? - Weitere Zurufe von der CDU)

- (A) Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Diese Rosen sollten jetzt vielleicht ein verbindendes Glied zwischen allen Fraktionen sein, so hoffe ich, weil wir alle eigentlich dasselbe wollen. Es kommt nur bei dem einen weniger und bei dem anderen mehr durch.

Ich darf, Herr Hemker, zuerst auf Sie eingehen; denn Sie sprachen gerade davon, daß wir über Inhalte reden wollten. Aber die Inhalte habe ich bei Ihnen eigentlich doch vermißt, und deswegen kann ich es auch verstehen, daß einige - auch weibliche - Abgeordnete - gerade nicht im Saal sind und sich vielleicht im Augenblick wichtigeren Dingen zugewendet haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Bemerkenswert und charakteristisch für die Gesamtsituation nicht nur in der SPD, sondern sicherlich auch in den anderen Fraktionen, fand ich Ihre Aussage, daß die Blumen jetzt von der Vorsitzenden Ihres Arbeitskreises verteilt werden sollten. Das ist eigentlich symptomatisch: Sie haben es dann doch selbst getan. Das war dann doch wieder ganz gut. Aber die Blumen waren wahrscheinlich schneller bei Ihnen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

- (B) Morgen ist der Internationale Frauentag. Gut und schön! Aber weder ein Frauentag noch eine Parlamentarische Staatssekretärin können uns zu dem verhelfen, was wir wirklich brauchen. Sie zitierten eben Ahlener Aussagen, und ich möchte Ihnen dazu sagen: Mir scheint, daß nicht nur das, was Sie verstanden haben, sondern auch das, was unser Ministerpräsident des häufigeren zitiert - nämlich: Wir wollen etwas für erwerbslose und erwerbstätige Frauen tun -, auch wiederum für die Situation im Lande symptomatisch ist. Das heißt doch, wenn wir es genauer betrachten, daß wir für die Frauen, die zu Hause und in der Familie sind, nichts tun wollen. Diese verdienen aber dieselbe Anerkennung,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und für diese Frauen müssen wir etwas tun. Für die Frauen, die gern arbeiten gehen wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich jede Frau frei entscheiden kann, was sie tun möchte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(C) Herr Ministerpräsident, ich unterstelle Ihnen wirklich, daß Sie sehr ernsthaft bemüht sind, etwas tun zu wollen. Aber wenn ich bedenke, wie es da so im familiären Ablauf zugeht, könnte ich mir vorstellen, daß Sie mit Ihrer Frau Christina vielleicht auch einmal über diese Problematik nachgedacht haben. Und Frau Christina - ich schätze sie als eine sehr moderne und sehr dynamische junge Frau ein - müßte Ihnen doch eigentlich gesagt haben: Lieber Johannes, du bist auf dem falschen Weg; so kann's doch nicht laufen!

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich frage mich, ob sie nicht in der Lage ist, Ihnen klarzumachen, daß viele Dinge selbstverständlicher werden müssen, wenn Sie etwas erreichen wollen.

Ich bin eigentlich sehr enttäuscht, wenn ich jetzt gerade - Frau Immenkötter sitzt da oben und hört sich das alles schön an - einen Bericht der Leitstelle Frauenpolitik bekomme - aus Ihrem eigenen Hause also -, aus dem ich dann ersehen muß, daß sich die Daten, die wir ja auch schon aus dem Frauenbericht 1982 auf den Tisch bekommen hatten - zwar mit alten Daten von 1980 -, bis heute nicht verändert haben, nur in minimalen Ansätzen. Das heißt also: Die SPD-Regierung, die ja auch in den letzten fünf Jahren etwas hätte tun können, hat da leider konkret nichts getan.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(D) Herr Ministerpräsident, noch ein ganz persönliches Wort an Sie, ein ganz privates! Was sagen Sie eigentlich Ihren Kindern? Ich weiß nicht, wie alt Ihre Kinder sind. Aber meine sind gerade so, daß sie fragen: Sag' mal, wo fährst du denn eigentlich immer hin nach Düsseldorf, was machst du da eigentlich?

(Allgemeine schallende Heiterkeit - Zurufe von der SPD: Die Frage ist verständlich! - Das frage ich mich auch!)

Vielleicht könnten Sie diesbezüglich Ihren Kindern auch einmal - Sie haben ja auch eine Tochter - erzählen, was Sie in dieser Richtung tun.

(Andauernde Heiterkeit)

Wieder einmal sind also alle Frauenblicke, zumindest in Nordrhein-Westfalen, auf diesen Ministerpräsidenten gerichtet.

(Erneut Heiterkeit)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Gestern abend bei einer Veranstaltung in Mülheim - natürlich ein "Heimspiel" für die SPD; Mehrheitsfraktion dort die SPD -

(Zurufe von der SPD)

sprachen die Frauen sehr kritisch darüber, welche Mißstände es hier im Lande gibt. Und das sind die Inhalte, über die wir uns unterhalten sollten, Herr Ministerpräsident, über die wir uns hätten unterhalten sollen, bevor dieses Gesetz vorgelegt worden ist. Vielleicht hätten Sie dann auch verstanden, warum wir uns für eine solche Parlamentarische Staatssekretärin mehr Kompetenz vorstellen würden.

(Zuruf der Frau Abg. Philipp (CDU))

Sie hat sicherlich keine. Das heißt also, die Wahlversprecher - und ich möchte das betonen: Wahlversprecher - sind als Wahlversprechen wieder nur leere Worthülsen.

Einen Satz an dieser Stelle auch zu Ihnen, Herr Dr. Pohl! Wenn Sie über die Gleichstellung von Mann und Frau - oder von Frau und Mann - reden, frage ich mich: Wie sieht es mit der Position von Frau Professor Süßmuth in Ihrer Fraktion aus? Sie hat prima Ansätze, aber sie können leider nicht konsequent durchgezogen werden. Das ist ein Kriterium, das wir auch einmal berücksichtigen sollten. Siehe FAZ von gestern: Eine Familienministerin, Wahlwerberin. Wir sollten uns das einmal kritisch vornehmen.

(B)

Wir haben heute über ein Gesetz zu beraten, das nicht speziell für eine Parlamentarische Staatssekretärin gedacht ist, sondern offenläßt - ganz nach Gusto der Landesregierung -, für weitere Bereiche Parlamentarische Staatssekretäre einzustellen. Wir als F.D.P.-Fraktion wehren uns vehement gegen eine solche Lösung und fragen uns, warum nicht - insbesondere nach den Haushaltsberatungen, die wir aktuell hinter uns haben - seitens der Landesregierung ein Riegel vorgeschoben wird, weil ja ein solcher Stab, der mit einer parlamentarischen Frauenbeauftragten oder mit einem Parlamentarischen Staatssekretär verbunden ist, kaum finanziert werden kann.

Diese Parlamentarische Staatssekretärin - ich will das nicht im einzelnen ausführen; das ist mehrfach gesagt worden - ist in ihren Aufgaben in jeder Weise beschnitten. Sie darf nicht reden, wann sie will. Sie darf nicht zitiert werden, wann sie will. Es passiert überhaupt nichts.

Der parlamentarische Staatssekretär - ich will es nach dem Gesetzentwurf so neutral hal-

ten - ist im Grunde genommen ein besonderes Amt eines Abgeordneten, aber plus B 10 - ohne weitere Kompetenz. Wir fragen uns als Fraktion, warum nicht die Frauenbeauftragte der SPD-Fraktion diesen Job mit übernimmt und vielleicht eine Assistentin/einen Assistenten bekommt, um diese Aufgabe abdecken zu können. Optimal aber, Herr Ministerpräsident - ich will es dabei belassen -, und konsequent wäre sicherlich, wenn Sie bei Ihrer Regierungsbildung daran gedacht hätten, einen weiteren Ministerposten einer Frau zukommen zu lassen. Herr Krumsiek, ohne Ihnen nahetreten zu wollen: Ein weiblicher Justizminister wäre doch eine phantastische und glaubwürdige Geschichte.

(C)

(Allgemeine Heiterkeit)

Natürlich, wir haben jetzt eine zweite Ministerin. Es wäre doch optimal, weitere Posten mit intelligenten Frauen zu besetzen und nicht einen Posten zu schaffen, der nichts bringt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Die Personalprobleme der SPD, meine Damen und Herren, wollen wir hier sicherlich nicht lösen. Ich glaube, es diene einer glaubwürdigen Arbeit der Landesregierung, wenn der Ministerpräsident bereit wäre, in den zu besetzenden Positionen in allen Bereichen Frauen wirklich eine Chance zu geben. Wir sehen im Augenblick nur eines: daß Sie eine Abgeordnete de luxe zu Euer Gnaden schaffen, Herr Ministerpräsident. Wir können dem Gesetz nicht zustimmen.

(D)

Ich muß Ihnen als Frau sagen: Ich finde es nicht gut - und ich kann mir nicht vorstellen, daß die SPD-Frauen es gutheißen -, daß man sich nach Gutsherrenmanier einfach abspeisen lassen muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Die Rednerin überreicht beim Verlassen des Rednerpultes Ministerpräsident Dr. Rau eine rote Rose.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Dr. Pohl das Wort. Ich darf ihn darauf aufmerksam machen, daß ihm noch drei Minuten zur Verfügung stehen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Da ich in der Debatte mehrfach angesprochen worden bin, möchte ich noch einige kurze Bemerkungen machen, Herr Hemker. Keine juristische Fiktionen, sondern inhaltliche Diskussion! Ich hoffe nicht, daß Sie das gemeint haben, was Sie gesagt haben. Eine Fiktion ist eine tat-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) sächliche Vermutung, die nie eintritt, sondern nur unterstellt wird. Ich hoffe, daß die Kompetenzen der Dame, die Sie selbst angemahnt haben, eines Tages auch eintreten, wie sie der Ministerpräsident angekündigt hat. Dann ist es nämlich keine Fiktion, sondern eine tatsächliche Inhaltsvorgabe.

Jetzt bin ich bei der inhaltlichen Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Philipp hat schon darauf hingewiesen: Die Zuweisung von echten Kompetenzen durch Gesetz, Herr Kollege Hemker, ist die eigentliche inhaltliche Diskussion;

(Beifall bei der CDU)

denn wenn Sie jemanden in eine Institution schicken und von ihm sagen, eines Tages sage ich dir, was du darfst, dann hat der schon so viele Startschwierigkeiten, die Aufgabe, für die er bestellt worden ist, durchzuführen, daß Sie das im Interesse einer inhaltlichen Frauenpolitik gar nicht wollen können, Herr Kollege Hemker.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb meine ich, Herr Ministerpräsident, daß es nicht die Aufgabe irgendeiner Geschäftsordnung der Landesregierung, sondern die Aufgabe dieses Gesetzes ist, die Kompetenzen festzulegen.

- (B) (Minister Dr. Schnoor: Das ist nicht zulässig!)

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, das hätte dieses Hohe Haus tun sollen, kann ich Ihnen nur antworten: Nach Artikel 52 der Landesverfassung liegt die Organisationsgewalt bei der Landesregierung. Wenn Sie sich ein Regierungsamt schaffen, müssen Sie verflüxt auch dafür sorgen, daß Sie diesem Regierungsamt die richtigen Kompetenzen zuweisen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sind bei der Geschäftsordnung aufgerufen. Herr Ministerpräsident, ich erkläre Ihnen, daß die CDU-Fraktion - ich habe das mit meinem Kollegen Hardt abgesprochen - bereit ist, über Änderungen der Geschäftsordnung zu sprechen. Wir werden sehen, ob wir wenigstens von Parlamentsseite der neuen Staatssekretärin helfen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratung. Ich lasse abstimmen.

(C) Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/755 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen und verabschiedet.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1984

Antrag des Finanzministers gemäß Art. 85 Abs. 2 der Landesverfassung
Drucksache 10/590

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/719

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/719 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und bei Stimmenthaltung der F.D.P. ist die Beschlußempfehlung angenommen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

(D)

Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im 3. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1985

Unterrichtung durch den Finanzminister gemäß § 37 Abs. 4 LHO
- zur Beratung -
Vorlage 10/208

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/736

(Unruhe)

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir nach dieser strapaziösen dreitägigen Sitzung noch wenige Minuten Aufmerksamkeit schenken würden.

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.